



Diözesanrat kritisiert Schweigen der Politik

Die „Moria-Resolution“ zum Leben der Flüchtlinge auf Lesbos bleibt bisher ohne Resonanz aus Düsseldorf und Berlin.

Bistum Essen. Enttäuscht zeigt sich der Diözesanrat der Frauen und Männer im Bistum Essen über die fehlende Bereitschaft der Politik, sich dauerhaft mit den menschenunwürdigen Verhältnissen im Flüchtlingslager Kara Tepe auf Lesbos und der EU-Flüchtlingspolitik auseinanderzusetzen. Björn Krause, mit Klaudia Rudersdorf neuer Vorsitzender des Laiengremiums, kritisiert, dass Briefe an Landtags- und Bundestagsabgeordnete zur Menschenrechtsfrage und der Flüchtlingspolitik bisher unbeantwortet blieben. Auch Schreiben an das Außenministerium und die Bundeskanzlerin seien nicht beantwortet worden.

Ende November hatte der Diözesanrat den Antrag „Kein Weihnachten in Moria“ verabschiedet. Den Antrag zur Flüchtlingshilfe mit besonderem Blick auf das griechische Lager hatten Pax Christi und der BDKJ eingebracht. Mit dem Beschluss des Antrags wurde der neue Vorstand beauftragt, schnell Kontakt zu Politikern im Ruhrgebiet und im Sauerland zu suchen. Die Vertreter der Katholikinnen und Katholiken wollen so die Parlamentarier dazu bewegen, sich für eine weitergehende Aufnahme von Flüchtlingen aus dem Lesbos-Lager einzusetzen.

„Die fehlende Resonanz zeigt, dass trotz des Leids der Menschen in Berlin eine Sprachlosigkeit eingetreten ist“, erzählt Krause. „Man traut sich nicht, das in der EU scheinbar unlösbare Thema weiter in die

gesellschaftliche Diskussion der Bundesrepublik einzubringen.“ Vor Weihnachten haben Medienberichte über das Zeltlager Kara Tepe gezeigt, dass das frühere Truppenübungsgebiet über keine Abwasserleitungen verfügt und kaum Strom hat. Toiletten sind Mangelware, die 200 Duschen dort hätten selten warmes Wasser. Unter anderem die Tagesthemen berichteten, es habe Überfälle im Lager gegeben, ein Kind sei missbraucht worden. Und Zeltplanen reißen in der Nässe.

Sprachlosigkeit in Berlin trotz des Leids der Menschen

In der Resolution vom 25. November heißt es: „Der Diözesanrat bekräftigt humanitäre Standards und Errungenschaften in Europa, die nicht dem politischen



Fotos: Privat
Björn Krause

Tauziehen in der EU zum Opfer fallen dürfen. Diese Standards sind wesentlich durch die christliche Tradition mitgeprägt und betreffen insbesondere das Leben und die Würde Geflüchteter. Den grundlegenden Werten der Nächstenliebe und der Solidarität verpflichtet, ruft der Diözesanrat die Bundesregierung dazu auf, sich mit Nachdruck für konkrete deutsche Nothilfe auf Lesbos wie auch für eine europäische Lösung zur abgestimmten Aufnahme Geflohener einzusetzen.“ Für den Diözesanrat gilt zudem, „jenen Städten und Kommunen ein rasches Handeln zu erlauben, die ihre Aufnahmebereitschaft bereits signalisiert haben“.

Krause und der Diözesanrat sehen trotz der ausgebliebenen Reaktionen Chancen zur Veränderung der gesellschaftlichen Diskussion dieses Themas und der Frage von Verantwortung in der Welt. Man habe das Schweigen der Politik nach allen Auseinandersetzungen innerhalb Deutschlands und in Europa zwar befürchtet, betont Krause. Aber als Diözesanrat ist für uns die Flüchtlingspolitik und grundsätzlich der Einsatz von Christen in der globalisierten Welt dennoch zentral. „Gesellschaftlich können wir gleichzeitig auf ein hohes Engagement für diese Themen setzen. Sie werden in den nächsten Jahren viele Entwicklungen bestimmen.“ Bürger und Christen tun, so Krause, gut daran, hier verantwortlich zu handeln und nicht wegzusehen.